Artikel vom 22.11.2022 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 18:19 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/die-guten-nachrichten-zuerst

Die guten Nachrichten zuerst



LZ-Chefredakteur Detlef Steinert

Die Unternehmensergebnisse im Rheinland haben 2021/22 im Schnitt um nahezu zwei Drittel gegenüber dem Vorjahr zugelegt. Das ist erfreulich, ebenso wie andere Nachrichten dieser Tage. Trotzdem sollten sich die Betriebe an das halten, worauf seit Generationen Verlass ist: das eigene Wissen und das eigene Können.

Als die LZ Rheinland im vergangenen Jahr über die Jahresabschlüsse von Haupterwerbsbetrieben berichtet hat, lautete die Titelzeile „Kein Auskommen mit dem Einkommen“. In diesem Jahr steht im Mittel der Buchführungsbetriebe ein Zuwachs in der Statistik (siehe S. 18 f.). Um 68,1 % hat das Unternehmensergebnis im Wirtschaftsjahr 2021/22 bei den ausgewerteten Betrieben im Rheinland zugelegt. Statistiken spiegeln allerdings nie den konkreten Einzelbetrieb wider. Sie geben manchmal nicht einmal einen Eindruck, wie es in einzelnen Betriebsrichtungen aussieht. So etwa in den rheinischen Veredlungsbetrieben. Deren Anzahl ist mittlerweile so gering, dass es gar nicht zu einer separaten Auswertung gereicht hat. Aber deren Lage dürfte sich nicht anders darstellen, als es die Analyse für ganz NRW nahelegt: Nur die Corona-Beihilfen haben das Allerschlimmste verhindert.

Das ist nur eine Facette eines im Durchschnitt scheinbar guten Ergebnisses. Denn die bereits angeführte Steigerung rührt schließlich auch daher, dass im Wirtschaftsjahr zuvor die Lage alles andere als befriedigend für die Betriebe war (siehe oben). Wie in jedem Jahr bestätigt die Auswertung zudem, dass die Spannweite der Unternehmensergebnisse innerhalb der Betriebsgruppen groß ist. So erwirtschaftete fast ein Viertel der identischen Betriebe 30 000 € oder weniger an Überschuss. Was die besseren Betriebe besser machen, ist kein Geheimnis: Sie schaffen es, kostengünstiger zu produzieren und besser zu vermarkten – oder um es anders auszudrücken: Sie machen mehr aus ihrem Wissen und Können als andere.

Und das wird noch wichtiger. Darüber dürfen im Ansatz weitere positive Nachrichten dieser Tage nicht hinwegtäuschen. Im Gegenteil: Genau diese für die praktische Landwirtschaft nur auf den ersten Blick erfreulichen Meldungen offenbaren, worauf es schon immer angekommen ist und worauf es eben noch mehr ankommen wird.

Nachricht 1: Am Montag hat die EU-Kommission den Nationalen Strategieplan zur Umsetzung der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) in Deutschland abgesegnet (S. 8). Die Zustimmung macht zwar den Weg frei, dass aus dem Brüsseler Agrarbudget weiter Beihilfen fließen, die für manchen Betrieb den Unterschied zwischen schwarzen und roten Zahlen ausmachen. Aber für weniger Geld (und bedingt durch die Inflation auch weniger Kaufkraft) muss dafür noch mehr als bisher geleistet werden. Schließlich stellt sich die Frage, wie lange die Gelder in ihrer jetzigen Form noch Bestand haben. Wenn nicht zur sogenannten Halbzeitbewertung, dann spätestens zur nächsten Reform der GAP wird mit deutlichen Einschnitten zu rechnen sein. Die Direktbeihilfen als feste Größe in der betrieblichen Rechnung dürften dann noch geringer ausfallen, wenn nicht sogar wegfallen.

Nachricht 2: Was bei manchem EU-Abgeordneten Schnappatmung verursacht haben dürfte, hat bei Landwirtinnen und Landwirten (vielleicht und nur vorübergehend) für ein Aufatmen gesorgt. Denn einem inoffiziellen Papier zufolge scheint die EU-Kommission bereit zu sein, etwas von ihrer strikten Haltung bei dem Thema nachhaltige Pflanzenschutzanwendung (SUR-Verordnung) abzurücken (S. 9). Das nährt die Hoffnung, dass bei den Anwendungsverboten und den betroffenen Gebieten nachgebessert werden könnte. Ihr Ziel, die Einsatzmengen deutlich zu reduzieren, wird die EU-Kommission aber kaum aufgeben. Die Kulturen vor Schädlingen jeglicher Art zu schützen, wird also

schwieriger.

Nachricht 3: Schwieriger wird es in naher Zukunft auch für die Betriebe, die nach der Neuabgrenzung der roten Gebiete in NRW zusätzliche Auflagen und Beschränkungen zu meistern haben. Deren Veröffentlichung ist für den Donnerstag dieser Woche (und damit nach Redaktionsschluss der LZ Rheinland) angekündigt worden. Sie lässt einen Zuwachs der roten Gebiete befürchten. Nachdem die bisher von NRW favorisierte Binnendifferenzierung bei der EU-Kommission keinen Gefallen gefunden hatte, ruhen die Hoffnungen auf einer verursachergerechten Betrachtung, etwa in Form einer einzelbetrieblichen Stoffstrombilanz. Die wird allerdings auf sich warten lassen, da Brüssel auch dieses Verfahren erst absegnen muss. Voraussetzung wären zudem teils noch zu erhebende einzelbetriebliche Daten – die umso besser ausfallen dürften, je mehr jeder Betrieb in der Zwischenzeit aus seinem Wissen und Können gemacht hat.